

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. April 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Veranlagungs-, Vergütungsinhalte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 41

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Weltkriege:** Die technische Entwicklung und die fachtechnische Weiterbildung, VI. — „Aussehen oder Überleben?“ — Das wirtschaftliche Problem der geistigen Arbeit (Schluß). — Die Tarifverträge in Deutschland zu Ende des Jahres 1913.

**Korrespondenzen:** Altdenburg. — Frankfurt a. M. — Hannover (M. G.). — Hebeoe. — Leipzig (Schr.).

**Rundschau:** Von Buchdruckern im Kriege. — Druckereliefschädigungen durch den Krieg. — Mangelhafte Geldpostadressen. — Die angehenden Berufslisten des Roten Kreuzes. — Gefährdung der industriellen Interessen durch hohe Lebensmittelpreise. — Arbeitslosigkeit der Angestellten und Angestelltenversicherung. — Vermögenswachstum und Kriegswucher. — Kindererziehbarkeit und wirtschaftliche Not.

## Die technische Entwicklung und die fachtechnische Weiterbildung

VI.\*

### Das Papier, seine Herstellungsmethoden und seine Preisgestaltung.

Das Papier in seiner Bedeutung für das Buchdruckergewerbe hat die Leipziger Ausstellung in umfassendster Weise veranschaulicht. Wir erkranken uns nicht nur an den herrlichen Papieren und an ihren Verwendungsmöglichkeiten, sondern uns felsen die Bearbeitung der Rohstoffe und die mannigfachen Fabrikationsprozesse nicht minder auf. Namentlich die technisch-belehrende Abteilung war hier ein instruktives und interessant dargestelltes Anschauungsmittel, historisch und wirtschaftlich wertvoll. Viele gewiß mit großer Mühe, reicher Sachkenntnis und reuem Fleiße geschaffene Abteilungen soll den Grundstock für ein Papiermuseum abgeben. Es sind bereits Schritte für das Zustandekommen desselben getan.

Der Ausstellungsartikel in Nr. 81 v. S. hat über das Papier in seinen mannigfachen Arten und den verschiedensten Herstellungsmethoden ausführlich informiert. Seit dem Ausbruch des Kriegs hat sich darin weder etwas geändert, noch ist durch eine andre Geschmacksrichtung eine Veränderung des allgemeinen Bildes eingetreten. Das Büttelpapier dominiert noch. Käme jedoch das technische Gebiet bei diesem Kapitel zu kurz, so kann von den wirtschaftlichen Vorgängen diesmal um so mehr gesprochen werden.

Die technische Entwicklung der Papierindustrie ist aber für die Preisgestaltung des Papiers von größtem Einflusse. Je mehr sich die maschinellen Einrichtungen und Methoden verbessern, desto stärkerer Niedergang der Preise hatten die Papiermacher zu verzeichnen. So kostete das Zeitungsdrukpapier vor ungefähr 50 Jahren 70—80 Pf., während heute das Zeitungspapier für 21—22 Pf. für das Kilo zu haben ist. Die mannigfachen Bemühungen der Kreise der Papierhersteller, die Preisbildung zu organisieren, sind nicht ergebnislos geblieben — auch für die Papierverarbeiter nicht, für die sich die Rückwirkungen davon nicht angenehm bemerkbar machen. Unsere Prinzipale wissen darüber einiges zu sagen. Es bestehen Ringbildungen in der Rotations-, Nach- und Zeitungspapierbranche. Die bedeutendste Ringbildung verkörpert der Verband Deutscher Druckpapierfabriken, G. m. b. H., zu Berlin; sie ist als ein Preisartikel anzupreisen. Der Verband hat gewiß einen bedeutenden Einfluß; die Zahl der Außensteller ist aber noch zu groß, als daß von einer monopolistischen Beherrschung des Marktes gesprochen werden kann. Dazu kommt noch der ausgleichende Einfluß der Gegenverbände der Käufer, worunter die Papierenkaufsstelle des Vereines Deutscher Zeitungsverleger zu erwähnen wäre. Von den andern Vereinigungen der Papierindustrie sind hervorzuheben: Verein Deutscher Papierfabrikanten, Verein Deutscher Holzstofffabrikanten, Verein Deutscher Zellstofffabrikanten, Papierindustrieverein, Vereinigung für die Zollfragen der Papier verarbeitenden Industrie, Deutscher Papierverein, Verein Deutscher Pappfabrikanten und Deutscher Papiergroßhändlerverband. Sie sind es, die in der Hauptsache mit mehr oder weniger Erfolg auf eine größere Rentabilität hinstreben.

Die „Buzra“ zog die Papiermacher vielfach nach Leipzig, so tagten hier fast alle ihre Versammlungen, auch die Papierverleger und die Berufsgenossenschaft. In der Hauptsache bewegten sich die Verhandlungen über Zollfragen (Einführung von Holz-

Ausfuhr von Holzschliff, Zellulose und Papier), über Preisfestsetzungen und den Widerstreit der Hersteller der Rohprodukte und der Verarbeiter — also der Holzstoff- und Zellstofffabrikanten zu den Papierfabrikanten —, über Verkehr mit Händlern, über Neuerungen auf technischem Gebiet, über Arbeiterfragen, die hier eine an die Faltung der Schwerindustrie erinnernde Beleuchtung erfuhren. Stieß man es doch im Verein Deutscher Papierfabrikanten für notwendig, sich in einem Vortrage von Dr. Schuchart über das Taylor'sche Verfahren zur besten Nutzbarmachung der menschlichen Arbeitskraft in Fabriken, das er im Auftrage des Zentralverbandes Deutscher Industrieller studiert hatte, belehren zu lassen. Man denke dabei an die traurigen Lohnverhältnisse der Papierarbeiter! So betrug nach den Verwaltungsberichten der Papiermacher-Berufsgenossenschaft der Durchschnittslohn in der Zellstoffindustrie 1912 nur 1171 M., geringer ist er in der Holzschliffindustrie, die meist mit ungelernem Personal arbeiten kann.

Im Verein deutscher Papierfabrikanten wurden die in einem Ausschusse durchberatenden „Gebrauche für den Handel mit Papier“ aufgegeben. Diese von der Berliner Handelskammer voreerst für einen engeren Bezirk zum Versuch ins Leben gerufenen Geschäftsbedingungen für den Handel mit Papier werden nunmehr dem ganzen Fache zum Nutzen sein. Nach 36jährigem Kampf innerhalb der maßgebenden Organisationen sind die Geschäftsgebräuche am 21. Januar 1915 unter Zustimmung dieser Kreise veröffentlicht und die Bildung eines Schiedsgerichts zur Entscheidung von entstehenden Streitigkeiten beschlossen worden. Diese Gebräuche enthalten wertvolle Bestimmungen über den Bezug der Papiere, über Menge, Beschaffenheit, Wogengröße und Gewicht, über Preisberechnung, Zahlungs- und Lieferungsbedingungen. Sie sind keine Preisansätze, sondern lediglich aus der Fabrikation und dem Handel sich ergebende Normen. Die Gefahr liegt aber sehr nahe, daß sich aus diesen Gebräuchen mit der Zeit Preiskonventionen entwickeln können. Stimmen für Syndikatbildungen werden auch schon laut, doch steht man — mit Ausnahme der Zeitungspapierfabrikanten im Verbande deutscher Druckpapierfabriken — denselben noch kühl gegenüber. Eine große lässliche Fabrik schreibt:

Wir halten die heutige Marktlage für nicht geeignet, irgendwelche Zusammenschlüsse in der Papierfabrikation und den verwandten Branchen vorzunehmen. Die einzelnen Fabriken sind in ihrer Leistungsfähigkeit und Rentabilität so grundverschieden, daß die morkhen Betriebe, die lieber heute wie morgen ihre Fabrikation einstellen möchten, nur noch länger, und zwar auf Kosten der lebensfähigen Unternehmen, ihr Dasein fristen würden. Außerdem ist ja auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß ein Zeit unrentabler Werke gar nicht daran denken, sich anzuschließen, um auch weiterhin im frischen zu stehen.

Nichtsdestoweniger ist man sich in allen Zweigen der Fabrikation klar, daß infolge gesteigerter Rohproduktionspreise eine Erhöhung der Papierpreise eintreten muß. Schon Anfang 1914 wurde eine Steigerung von 1 M. pro 100 kg als unumgänglich erklärt. Da kam der Krieg, der die Fabrikation zum Stochen brachte und die Versandschwierigkeit zu einer Gefahr für das Druckgewerbe zu werden lassen drohte. Das hat sich inzwischen geregelt. Man war sich im August dann einig darüber, daß eine Erhöhung der Papierpreise ausgeschlossen sei, zumal noch viel auf Lager war. Aber die unterdessen eingetretene Verteuerung der Zellulose hat nun doch eine beträchtliche Erhöhung des fertigen Fabrikats bewirkt. Die Verteuerung ist hervorgerufen durch den Mangel an amerikanischen Fasern, durch Verteuerung der leicht abnutzbaren und jetzt schwerer zuzureichenden Bronzeliebe, der Wolllisse, sowie der Fabrikation durch die Beherrschung des zur schwefeligen Säure so nötigen Schwefelkieses (von militärischer Seite beschlagnahmt), durch die Verteuerung der Ste und des Fettes, durch erschwerter Kohlenzufuhr usw. Die Kriegsschaufel in den Geschäftsgebräuchen hebt die Verantwortung und Faltung bei Nichtinhaltung eingegangener Lieferfristen auf. Eine Anzahl Holzstoff- und Zellstofffabriken im holzreichen Ostpreußen ist stillgelegt.

Alle diese und andre Erschwerungen bilden und bilden noch heute reichen Stoff für die Verhandlungen in dem im August gebildeten Kriegsausschusse für das Papierfach unter dem Vorstehe des Handelskammermitgliedes Rudolf Bergmann in Berlin. Diefem Kriegsausschusse gehören 19 Korporationen an, unter ihnen auch die Buchdrucker und Zeitungsverleger. Behandelt wurden in der Haupt-

sache die Einbringung der Außenstände, die Kreditgewährung, der Verkehr mit dem Auslande, die inzwischen beschränkt wieder aufgehobenen Ausfuhrverbote von Holzschliff und Zellstoff, die Wiederaufnahme der Ausfuhrfähigkeit, der Güter- und Geldpostverkehr, die möglichst gleichmäßige Verteilung vorhandener Aufträge, die Fürsorge für die entlassenen Arbeiter (organisierte und nichtorganisierte sollen in gleicher Weise berücksichtigt werden), die Arbeitsvermittlung, die Gefängnisarbeit während des Kriegs u. v. a. Am 15. Februar ist nun auch die Ausfuhr von Lumpenhalbstoff zur Papierbereitung verboten worden. In Großbritannien macht sich das Fehlen der deutschen Papiere und Pappen schon bemerkbar, nimmt es doch etwa 27,5 Prozent unserer gesamten Papier- und Pappenausfuhr auf (1913: 707231 dz). In Amerika fehlt der deutsche Zellstoff, wodurch ein Preisausschlag von 3 bis 5 Dollar für die Tonne Papier eingetreten ist.

Die bereits andeutete Verteuerung der Zellulose, des Holzschliffs und der Betriebskosten haben verschiedentlich zu einer Erhöhung der Verkaufspreise geführt; sie beträgt meist 5 Proz., in manchen Sorten 10 Proz. Doch zögern die meisten Fabriken und Großhändler mit einer allgemeinen Erhöhung, zumal insofern großen Angebots einige dahingehende Verluste starke Ablehnung seitens der Verbraucher erfahren haben. Die Vereinigung „Normalpapier, G. B., Berlin“, hat ihre Konventionspreise für Normalpapiere um 10 Proz. erhöht. Es kosten jetzt:

	Inbenschliffen für 1 kg	Beschliffen für 1 kg
Normal 1	1,48 M.	1,55 M.
„ 2a	1,14 „	1,20 „
„ 2b weiß	0,97 „	1,02 „
„ 2b gelb	0,92 „	0,97 „
„ 3a	0,76 „	0,80 „
„ 3a Schreibmalch	0,95 „	1,— „
„ 3b	0,67 „	0,70 „

Packpapiere kosten in Mittelgewichten 10 Proz., in leichteren und höheren Gewichten 5 Proz. mehr, der Mindestpreis beträgt für 100 kg 12 M. Auch der Verein der österreichischen Papierintendanten in Wien hat beschlossen, daß seine Mitglieder vom 1. Januar 1915 an die Verkaufspreise vorläufig um 10 Proz. erhöhen.

So ist die Preisbildung in fortwährender Gärung und kann schwerlich als abgeschlossen betrachtet werden, so begünstigt der Verfallung, im Falle vorliegender Abchlüsse noch zu alten Preisen zu liefern. Bei neuen Abchlüssen solle man sich auf längere Dauer nicht einlassen. Klage wurde geführt, daß aus Frankreich über neutrale Länder Zigarettenpapier eingeführt wurde, wo doch in Deutschland solches in derselben Güte und hinreichend hergestellt werde. Viele Zufuhr ist jetzt unterbunden.

Eine eigenartige Ausprache fand in Papierkreisen statt über die Bedeutung des Wortes „Karton“. Was hat man da nicht alles vorgeschlagen: Kart, Karteln, Dickpapier, Fein- und Klapppapier, Kartenpapier, Pappner (Eisenbleinappner, Feinappner usw.), Steipapier! Der Vorsitzende des Deutschen Sprachvereines, Herr Geheimrat Dr. Sarrazin, gebraucht den Ausdruck „Stelpapier“. Eine handelsgebräuchliche Benennung ist damit aber nicht geschaffen.

Altpapier als Papierrohstoff zu verwenden, soll gelingen sein. Zu Pappen und Packpapier hat es ja immer Verwendung gefunden; jetzt aber soll das alte Papier zweier- oder dreimal zu Schreib- und Druckpapier verarbeitet werden können. Durch Zusatz von Chemikalien und durch besondere Vorrichtungen wird das Altpapier von Drucker- und Schreibschwärze befreit. Das Verfahren soll billiger sein als die Verwendung des Holzschliffs oder der Zellulose.

Starke und lohnende Beschäftigung haben jetzt die wenigen Fabriken in Deutschland und Österreich-Ungarn, die Papiergewebe herstellen. Diese werden als Ersatz von Autoläden zu Sachstoffen verarbeitet. Auch die Galtschachtfabriken haben mit der Herstellung der Geldpostbriefhüllen reichlich zu tun. Die vielfach hergestellten Krepppapiere aus weichen, adhem Vollerstoff eignen sich zur Herstellung von Bekleidungsgegenständen, wie Socken, Fußlappen, Westen usw.

Die Nichtbeachtung des Größenverhältnisses der Postkarten (9 × 14 cm) hat zu einer Beschwerde geführt. Im allgemeinen ist eine Überschreitung des Maßes um 0,5 cm nach der Höhe und der Länge gestattet, größere Abweichungen dagegen unterliegen der Nachart (Brief- und Strafporto); so hat eine Oberpostdirektion entschieden.

\* Siehe Artikel I („Von Gasse“) in Nr. 23, II („Von Drucker“) in Nr. 25, III („Von den Schmalzdrucken“) in Nr. 33, IV („Sterotypie und Galvanoplastik“) in Nr. 35, V („Von der Schriftgießerei“) in Nr. 36.

## „Aussehen oder Überstunden?“

Unter dieser Epithete bespricht Kollege „Artus“ (Berlin) die infolge des Aussehens entstandenen Auswüchse und Mißstände in einigen Offizinen. Das Bestreben der in Betracht kommenden Geschäfte, endlich wieder volle Beschäftigung, d. h. nach beinahe dreiwertel Jahren wieder vollen Verdienst zu haben, läßt „Artus“ für berechtigt, wandte sich aber im selben Atemzuge gegen diese „Schreier“, da er vermutet, durch Abschaffung des Aussehens könnte der Kollege, der von einer möglicherweise folgenden Entlassung nicht betroffen wird, eine Vermehrung seiner Überstunden, einen Lohngewinn nach allen Seiten haben.

Man mag darüber denken, wie man will: So sicher, wie wohl die Überstunden in manchen Betrieben und in Zeitungsbetrieben überhaupt nicht aus der Welt zu schaffen sind — in letzteren Betrieben sind solche bekanntlich auch in normalen Zeiten zu bestimmten Tageszeiten nicht zu umgehen, da an Ausfühlskräfte für diese kurze Zeit nicht zu denken ist —, so sollte jener doch seinem glücklicheren Kollegen diese eventuelle, kaum nennenswerte „Bereicherung“ durch ein paar Überstunden wirklich nicht mißgönnen. Denn offen und ehrlich zugestanden: Es ist sehr fraglich, ob tatsächlich dieser Mehrverdienst den so lange erlittenen Verlust, der zugunsten der Allgemeinheit wie das einzelnen getragen wurde, wettmacht. Eine Kollegialität ist wohl der andere wert!

In Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse auf unserm Arbeitsmarkt ist eine Befestigung des zu Anfang des Krieges gegebenenfalls gestaffelten Ausnahmestandes ganz am Platze. Wenn nun, was „Artus“ vermutet, Entlassungen manchmal nicht verhindert werden können, nun, auch der oder die „Schreier“ werden sich mit diesem Schicksal abfinden. Jedenfalls wäre dies das letzte Opfer in dieser für jeden schweren Zeit. Unter den jetzigen Verhältnissen ist bestimmt anzunehmen, daß der Leidtragende schnell eine andre Kondition findet, die derjenigen, bei der er eine mehr oder weniger große Einbuße an Lohn durch Aussehen oder verkürzt Arbeiten erlitten hat, kaum nachstehen dürfte.

Es ist so manchem Kollegen, der sich durch einen Wechsel seiner Stellung nur verbessert hätte, ein leiser Vorwurf nicht zu erparen, nämlich, daß er nicht schon zeitiger an einen solchen Ausweg gedacht hat. Zu seinem eignen Vorteil sowohl als auch zugunsten seiner Kollegen, die für ihn nicht zu unterschätzende Opfer gebracht haben, denen es in Folge ihrer besser entlohten Stellung aber bedeutend schwerer fallen würde als ihm, einen solchen Wechsel vorzunehmen. Aber auch zugunsten des Verbandes; denn so hätte er nicht derartig lange die Unterfertigungskassen in Anspruch nehmen brauchen und manchen Beitrag dem Reservefonds, der den später aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen vorbehalten bleiben muß, zuführen können.

Ja, Bauer, das ist aber ganz was anders!  
Berlin. Ein „Schreier“.

Anmerkung der Redaktion: Das Wort „Schreier“ herüber und hinüber zu hören, will uns gar nicht bürgerlich erscheinen. Die beiden Berliner Kollegen werden uns gestatten, daß wir ihnen zum Zurückfinden auf den Weg des modernen Wanders Bürgerfriedens beifällig sind, d. h. Schluß mit diesem Thema machen.

## Das wirtschaftliche Problem der geistigen Arbeit

(Schluß aus Nr. 33.)

Man könnte meinen, mit der Mitarbeiterchaft sei das wirtschaftliche Problem der geistigen Arbeit, die große Frage, wie der geistige Arbeiter gerechten Lohn für seine Arbeit erlangt, vielfach schon gelöst. Die Mitarbeiterchaft bedeutet aber keine Lösung, nur einen Fortschritt auf dem Wege zu ihr. Der Schriftsteller kann freilich seine Arbeiten, abgesehen von der besseren Bezahlung, mit Namen oder Zeichen signieren, seine Persönlichkeit hervorheben, wogegen die Korrespondenz den Autor zugunsten ihrer Fabrikmarke verschweigt. Er ist mehr Herr über sein geistiges Eigentum, denn einen „Originalbeitrag“ darf eine andre Redaktion nur gegen „Zweitdruckhonorar“ nachdrucken. Welter ist die literarische Produktion nicht auf die korrespondenzmäßigen kurzen Artikel und Notizen beschränkt, sondern es können statt dessen Erzählungen, Novellen, größere belehrende Aufsätze vermerkt werden. Der Berufsschriftsteller ist noch insofern durch die Mitarbeiterchaft begünstigt, als sie die Gelegenheitschriftstellerei eindämmt. Einen aktuellen, bestellten Aufsatz muß nicht hin und wieder nach Feierabend vornehmen, sondern in angestrengter Hauptarbeit erledigen.

Damit wären die Vorteile erschöpft; nun die Nachteile. Deren größter ist das Unbestimmte. Man darf nämlich nicht glauben, daß alle Mitarbeiter von der Zeitung fest engagiert seien. Dies trifft für relativ wenige Schlüsselstellen unter ihnen zu; die meisten sind „freie Mitarbeiter“, die zu Hause in ihrer Wohnung schaffen. Ein solcher steht zur Redaktion in keinem festen Verhältnisse, ganz gleichgültig, ob die Lieferung einmal oder ein Jahrzehnt lang erfolgte. Das einmögliche, was eine lose Verbindung mit dem Blatte bildet, ist das Wohlwollen des Redakteurs, von dem die ganze Existenz des freien Mitarbeiters abhängt. Gewiß darf dieser für mehrere Blätter schreiben, aber auch nur, wenn ihm dort ebenfalls die Gnadenbrosche scheint.

Überall darf der Schriftsteller sein Manuskript einreichen, dann warten, bis es gedruckt wird, und endlich sein

Honorar kassieren. Welter nichts. Seine Rechte erschöpfen sich darin, daß er sein Manuskript mit einem Vermerke versehen kann, wonach es als bezahlungspflichtig angenommen gilt, wenn es bis zu einem gewissen Datum nicht zurückgeliefert ist — „Lagerfrist“. Denn es passiert, daß Manuskripte so lange liegen bleiben, bis sich niemand mehr entfinkt, ob sie abgedruckt wurden oder nicht. Und es steht in den Blättern, die sich schließlich unbenutzt verlieren, doch die Arbeit des Schriftstellers, die ihres Lohnes ebenso wert ist wie jede andre! Sie wird nicht bezahlt. Erkauft sich der freie Mitarbeiter aber den Lagerfristvermerk, so läuft er Gefahr, sein Manuskript sofort abgelehnt zurückzubekommen, weil sich die Redaktion nicht binden will.

Für den freien Mitarbeiter gilt in wirtschaftlicher Hinsicht so ziemlich daselbe, was vorausgehend über den freien Schriftsteller als Bücherreiber ausführten. Man soll uns nicht entgehen, er hätte ja eben seine goldene Freiheit, während sein angestellter Kollege an die Stunden der Bureautätigkeit gefesselt ist. Dabei vergißt man, daß der freie Mitarbeiter, ohne sein sicheres Brot zu haben, von früh bis abends schreiben muß, will er Frau und Kind ernähren. Die Pause, die er einmal am Tage macht, wenn seine Nerven unter andauernder geistiger Anstrengung erschaffen, kann er durch Nacharbeit einholen. Auch sonst läßt ihm die Tätigkeit, ganz zu schweigen von der ständigen Sorge um neuen Stoff, keine physische und psychische Ruhe. Ununterbrochen arbeitet das Gehirn; mehr als einmal zwingt es ihn, mitten in der Nacht einen guten Einfall, ein passendes Ausdrucksbild zu Papier zu bringen.

Die Entlohnung des freien Schriftstellers ist auch in der Mitarbeiterchaft oft unzureichend, meist eher niedriger als höher gegenüber der eines gewerblichen Arbeiters. Einige Glückliche leben zwar in Pauschalhonorar, das nicht vom Umfange des Gelernten abhängt. Die Mehrheit der freien Mitarbeiter wird aber nach der Anzahl der gedruckten Zeilen entlohnt. Das ist schon deshalb keineswegs gerecht, weil ein und dasselbe Manuskript, in Vorparallele gesetzt, gedrängter und kürzer wird als in Pett. Schlimmer sind Streckungen. Mag es zehnmal die Arbeit des Schriftstellers sein, was der Redakteur wegstreicht, bleibt unbezahlt. Und gefirchtet wird stets, ein Teil des Geistes ist für die Kab'. Die Bezahlung erfolgt oft ziemlich spät, wochen- und monatelang kann der Schriftsteller hoffen und harren, bis er gelegentlich 10 oder 15 Mk. bekommt. Der freie Mitarbeiter soll es nur verlieren, zu rebellieren — es gibt ja andre in Fülle!

Überhaupt ist der Zustand an niederdrückendsten von allen Innehaltlichkeiten des Berufes, daß ausschließlich das Wohlwollen entschaltet. Es sind wohl prächtige Kerle unter den Redakteuren; Goldbaraktere, die gewöhnlich einst selbst das bittere Brot des freien Schriftstellers aßen und das Mitarbeiterverhältnis gerecht zu gestalten wissen. Indes herrscht nur zu oft kein kollegiales Verhältnis zwischen dem angestellten und dem freien Schriftsteller, der letztere ist eher geneigt, in dem glücklicheren Kollegen den Prinzipal, wenigstens, den Vorgesetzten, zu erblicken. Der beim leinsten Anstoße die Hungerpeitsche schwingen könnte. Ist die Gnadenbrosche fort, so sind plötzlich die Manuskripte nicht mehr druckreif. Um das zu vermeiden, muß Kab'buckerei, Anklamerei und Liebedenerlei das ersehen, was der gewerbliche Arbeiter gegenüber Auskollegen im Vorlesestunde durch den Druck seiner Gewerkschaft erreicht.

Ein fester Zusammenschluß fehlt leider. Es gibt verschiedene teils lokale, teils mehr zentralisierte Pressevereine. In denen sitzen jedoch in erster Linie die Redakteure und Angestellten. Die freien Schriftsteller fehlen häufig, weil sie die Beiträge dieser halb Unterstützungs-, halb Standesvereinigungen nicht bezahlen können. Dagegen vertritt sich mancher Korrespondenzverleger hinein. Zu lange getraut sich die freien Mitarbeiter da nicht viel, so notwendig es auch wäre, dem einen Auskollegen seine Sitte abzugewöhnen, die Manuskripte stets zwei Tage vor Ablauf der sechsständigen Lagerfrist abzugeben oder einem andern seine Kollegialität unter die Nase zu reiben, der den Lesestoff ausschließlich von intimsten Freunden und den billigen Korrespondenzen entnimmt. Ober das Verfahren eines driften zu brandmarken, der regelmäßig Originalbeiträge nachdruckt, ohne sich um Honorar zu kümmern. Der vierte verdient die schärfste Kritik, weil er in seinem blauen Korrespondenz den Vereinskollegen vorzieht, sich selbst aber bei manchmal nicht wenigen fremden Zeitungen als Mitarbeiter empfiehlt. Wo die Interessen des Berufsangehörigen nicht besser vertreten werden, ein solcher Verein hat natürlich kein Recht, einen gewerkschaftsähnlichen Titel zu beanspruchen.

Die eigentlichen Intimenproletarier, die sich schlechter stehen als der gewerbliche Arbeiter, müßten ihren Standesdünkel beiseite lassen und sich zu einem wirklichen und wirksamen Verband organisieren; sei es zunächst nur in einer Sektion einer jetzt bestehenden Arbeitergewerkschaft. Die äußere Form dieser Organisation müßte sich nach der weiteren Entwicklung der Dinge richten. Sollte sie ein selbständiger Verband sein, so hätte sie alle Berufsangehörigen, Redakteure und Schriftsteller zu umfassen. Ob das möglich ist, erscheint heute sehr fraglich, denn es sind in Wirklichkeit die Interessengegenstände zwischen den angestellten und freien Schriftstellern vielfach größer, als man meint. In der Sektion einer bestehenden Arbeitergewerkschaft, für die man das Redakteurerelement sowieso nicht gewöhnt, müßte es um so leichter sein, die freien Schriftsteller und untergeordneten Mitarbeiter zusammenzuschließen, und mit den Redakteuren ebenso zu verfahren, wie es die gewerblichen Arbeiter mit Faktoren, Werkmeistern und Betriebsbeamten tun.

Wir vornehmen keineswegs die enormen Schwierigkeiten, die sich einer wirtschaftlichen Organisation der geistigen Arbeit entgegenstellen. Deren allergrößte ist der fatalistische Glaube, es sei nichts zu bessern, weil es bisher

immer so gewesen sei. Doch ebenso wie die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung mit ganz andern Semmeln fertig geworden ist, wird sie es auch mit diesem Problem werden, und der erste Schritt dazu möge der sein, daß sich von jetzt ab jeder Gewerkschaftler etwas mehr darum bekümmert, unter welchen Bedingungen der Lesestoff des von ihm abonnierten Blattes gewonnen wird.

Anmerkung der Redaktion: Der Verfasser hat die Presseverhältnisse im allgemeinen im Auge. Die freien Schriftsteller befinden sich ja zum größeren Teil in keiner dementsprechenden Lage, wiewohl es auch „große Kanonen“ unter ihnen gibt, die sich glänzend stehen. Auch ist es keine Seltenheit, daß Redakteure nach langjähriger Tätigkeit ein ihnen mehr zugehöriges Arbeitsfeld suchen als freie Schriftsteller. Wer eine längere redaktionelle Praxis hinter sich hat, wird wohl manchmal nicht die besten Erfahrungen mit freien Schriftstellern gemacht haben. Der Andrang ist auch hier größer als das Bedürfnis. Die Bildung einer Sektion der freien Schriftsteller in einer bestehenden Gewerkschaft will uns nicht einleuchten, weil eine wirtschaftliche Arbeiterorganisation ihren Rahmen so in einer ihr nicht dienlichen Weise erweitern würde. Wir halten den Verein Arbeiterpresse für den geeigneten Sammelplatz; hier müßten sich die freien Schriftsteller die richtige Stellung verschaffen.

## Die Tarifverträge in Deutschland

□ □ □ zu Ende des Jahres 1913 □ □ □

Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission brachte vor einiger Zeit die alljährliche Statistik über die Entwicklung des Tarifvertragswesens. Etwas später als sonst erschienen, mußte auch der nachfolgende Auszug daraus noch Hinauschiebung erfahren.

Der Wert der vorliegenden Statistik wird wesentlich beeinflusst durch das Fehlen einer erheblichen Anzahl von Tarifverträgen aus dem Baugewerbe. Das für das ganze Reich geltende Tarifvertragsverhältnis im Baugewerbe, welches im Frühjahr 1913 abließ, ist in den zentralen Verhandlungen der in Betracht kommenden Organisationen erneuert worden. Da die lokalen Abhältnisse oft durch Schiedssprüche ersetzt werden mußten und die Genehmigung durch die Zentralinstanzen sich vielfach sehr lange hinzog, so fehlt im Baugewerbe eine große Anzahl von Tarifverträgen, die abgeschlossen, aber noch nicht genehmigt und daher auch nicht bis zum Abschluß der Materialsammlung eingereicht wurden. Wie stark dieser Mangel an Tarifnachstellungen die gesamte Statistik beeinflusst, geht daraus hervor, daß 1912 für das Baugewerbe 2466 Tarifgemeinschaften für 56980 Betriebe mit 596273 Personen registriert wurden, während die Veröffentlichung für 1913 nur 1825 Tarifgemeinschaften für 41651 Betriebe mit 408462 Personen aufweist. Sicherlich ist der Bestand der Tarifverträge im Baugewerbe im Jahre 1913 nicht geringer als 1912.

Die vorliegende Tarifstatistik ist im wesentlichen auf das von den Arbeitnehmerverbänden gesammelte Material aufgebaut. Die Einsetzungen der Arbeitgeber wurden wie die von Gewerbegerichten eingereichten Tarifverträge nur zur Kontrolle und Ergänzung des Arbeitnehmermaterials benutzt. Von den der Generalkommission angeschlossenen Verbänden sind 43 an der Tarifstatistik beteiligt. Der Bestand dieser Verbände an Tarifverträgen belief sich am Anlange des Jahres 1913 auf 10929, die 147706 Betriebe mit 1416185 darin beschäftigten Personen umfassen. Im Laufe des Jahres traten neu in Kraft 4064 Tarife für 58776 Betriebe mit 566345 Personen. Der Schlußbestand für 31. Dezember 1913 weist auf 10866 Verträge, die für 133702 Betriebe mit 1282315 Personen Geltung hatten.

An der Einsetzung von Tarifverträgen lind außer den Zentralverbänden noch 30 andre Arbeitnehmerverbände beteiligt. Der Bestand aller beteiligten Verbände an Tarifverträgen betrug am Anlange des Jahres 1913 12446, die 208296 Betriebe mit 1983424 Beschäftigten umfassen. Im Laufe des Jahres traten neu in Kraft 4691 Tarife für 96807 Betriebe mit 921200 Personen. Am Schluß des Jahres 1913 befanden 12369 Tarife für 193760 Betriebe mit 1845454 Personen. Diese Zahlen enthalten jedoch Doppelaufzählungen, da häufig an dem Abschluß eines Vertrags mehrere Verbände beteiligt sind, jeder einzelne Verband aber die für ihn in Geltung befindlichen Tarife zur Nachweisung bringt. Erst die Aufzeichnung der doppelt gezählten Tarife zeigt das wirkliche Gebiet der tariflich geregelten Arbeitsverhältnisse auf. Die nach der Aufzeichnung der Doppelaufzählungen sich ergebenden Tarifverträge bezeichnet die amtliche Statistik als Tarifgemeinschaften. Im Laufe des Jahres 1913 traten in Kraft 3975 Tarifgemeinschaften für 64203 Betriebe mit 648321 Personen, der Bestand am Ende des Jahres belief sich auf 10885 Tarifgemeinschaften, die für 143088 Betriebe mit 1398597 darin beschäftigten Personen Geltung hatten. (Fortsetzung folgt.)

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Altenburg. Auf eine 50jährige Berufstätigkeit kann am 13. April wieder einer unter alten Garde (seit 1870 Verbandsmitglied) zurückblicken: Max Görner, geboren 19. März 1851 zu Altenburg. Er trat 1871 bei Breilhoff & Sörfel in Leipzig als Lehrer in die Lehre,

\* Siehe auch den Artikel in Nr. 13, Jahrg. 1915, über „Die Tarifverträge in Deutschland nach ihrer Ausbreitung und Gruppierung“.

konditionierte als Gehilfe später in Darmstadt, Straßburg, Leipzig, Zwickau, Wien, Freiburg i. B., Radolfzell, München, Innsbruck und steht nun seit vielen Jahren in Ulm, wo er in der Hofbuchdruckerei. Kollege Börner dürfte noch manchem Kollegen in guter Erinnerung sein. Von einer besonderen Feier wird in Anbetracht des Krieges abgesehen.

**B. Bezirk Frankfurt a. M.** Die diesjährige Hauptversammlung fand am Sonntag, dem 28. März, im „Gutenbergsaal“ hier selbst statt. Der Besuch dürfte trotz der unglücklichen Zeitverhältnisse ein besserer sein können. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils und verschiedener Aufnahmefragen ging Kollege Braum auf den im Druck erschienenen Jahresbericht kurz ein. Nachdem das erste halbe Jahr sich in ziemlich normaler Weise abspielte, nur angenehm unterbrochen durch die Vorbereitungen zur Leipziger Ausstellung, sei wie allerwärts auch hier mit revolutionärer Gemalt der Krieg zu Beginn des Augusts hereingebrochen. Eine ganze Anzahl Druckereien entließ die Kollegen ohne jede Kündigung, so daß wir sofort 400 Arbeitslose zu versorgen hatten, die sich bis auf 700 erhöhte. Während so in ziemlich rücksichtsloser Weise seitens einzelner Prinzipale vorgegangen wurde, hielt man den Betrieb durch Faktoren und Beihilfen aufrecht. Die beschränkte Arbeitszeit und das eingeschränkte Personal wurden solange als nur irgend möglich beibehalten. Die Zurückgebliebenen bekamen auf diese Weise die Folgen des Krieges schon genug zu spüren. Bei den Schriftsetzern war die Arbeitslosigkeit nahezu allgemein, fast alle Betriebe hatten geschlossen. Von den 2050 Mitgliedern des Bezirks zu Beginn des Krieges waren bis zum Jahreschlusse 700 beim Militär, abgereist 235. Der Mitgliederstand Ende 1914 betrug 1188. Seitens der heiligen Stadtverwaltung beschloß man im Juli die Einführung einer Arbeitslosenversicherung nach dem Muster der Stadt Köln. Durch Ausbruch des Krieges wurde deren Inkraftsetzung verhindert. Man griff nunmehr auf die Arbeitslosenunterstützung durch die Stadt zurück, wie sie bereits im Winter 1913 gewährt wurde. Die Unterstützung wird nach dem letzten Tage des Eintritts der Arbeitslosigkeit gewährt und beträgt 70 Pf. täglich für Ledige, für verheiratete Arbeitslose 1 Mk.; sie kann für jedes von dem Arbeitslosen versorgte Kind unter 16 Jahren um 15 Pf. erhöht werden, und zwar bis zum Betrage von 1,60 Mk. Das tägliche Gesamteinkommen darf folgende Sätze nicht übersteigen: Bei ledigen Arbeitslosen 2 Mk., bei verheirateten ohne Kinder 2,40 Mk., bei jeweils um 15 Pf. bis zu vier und mehr Kindern bis zu 3 Mk. erhöhen; auf keinen Fall darf der Höchstfuß der Unterstützung mehr als 3,50 Mk. betragen, also unter Hinzurechnung etwaiger Unterstützung aus dem Berufsvereine. Die Auszahlung der Unterstützung geschieht durch die gewerkschaftlichen Organisationen, soweit ihre Mitglieder in Betracht kommen. In städtischer Unterstützung wurden in der ersten Woche 922,05 Mk., in der dritten Woche 1721,99 Mk. und bis zum Jahreschlusse 20.047,49 Mk. an untr. arbeitslosen Kollegen ausbezahlt. Auch die nur drei Tage oder sechs halbe Tage in der Woche beschäftigten Kollegen nahmen teil an dieser Unterstützung. Die Unterstützung des Verbandes an Arbeitslose im Bezirke betrug im Jahre 1914 74.014,25 Mk., oder 47.003 Mk. mehr als 1913. Der Gausubstanz betrug 15.743 Mk. oder 8040 Mk. mehr als 1913. An die Frauen der ins Feld gerückten Kollegen wurden abwechselnd durch Gau, Bezirk und den Schriftsetzerverein hier 7834 Mk. zur Auszahlung gebracht; außerdem 704 Mk. aus dem Fonds für ungeschädigt in Not geratene Kollegen zum großen Teil an hilfsbedürftige Mütter lediger, unter der Fahne lebender Kollegen zur Verteilung gebracht. Zu Weihnachten wurde den Arbeitslosen eine höhere Unterstützung als sonst zugewiesen, und zwar in der Gesamtsumme 4021 Mk. Das Bezirksvermögen betrug am Ende des Jahres 1914 231.402,27 Mk. und ist um über 5000 Mk. zurückgegangen. Durch den Tod verloren wir 13 Kollegen, auf dem Schlachtfelde fielen bis zum Jahreschlusse 20. Auf eine 40jährige Mitgliedschaft konnten in diesem Jahre folgende Kollegen zurückblicken: Theodor Müller, Adolf Grell, Karl Reus, Johann Weingöb, Peter Scherer; 25 Jahre gehörten der Organisation an die Kollegen Karl Eckhardt, Johann Knoblauch, Jean Sunkel und Sulkus Lorenz. Die von April bis einschließlich Juli aufgenommene Überstundenstatistik ergab, daß auch hier viel zu viel Überstunden gemacht wurden, während Arbeitslose genügend vorhanden waren. In einem Vierteljahre wurden z. B. von 3600 Gehilfen 17501 Überstunden geleistet. Den Kassenbericht erstattete Kollege Reus. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, mit Ausnahme eines Kollegen, der freiwillig zurücktrat. Die im Felde stehenden Kollegen des Vorstandes bzw. der Bibliothekscommission blieben ohne weiteres im Amt. Auch für die Folge wird der Gau- und Bezirksvorstand gemeinsam tagen. Mit einem Appell an die Anwesenden, freu und fest gerade in der Sechtheit zusammenzuhalten, schloß der Vorsitzende die Versammlung in der Hoffnung, bald alle diejenigen, die heute draußen im Felde stehen, in aller Solidität in unsern Reihen zu sehen.

**Frankfurt a. M.** Eine Versammlung frankfurter Gehilfen hat für den Fall der Einberufung des Gehilfenvertreter Gortens den Gauvorsitzer Dominig als dessen Stellvertreter einstimmig auszuwählen. Außerdem wurden für die Dauer des Krieges fünf Stellvertreter für das heilige Karlsruhergericht gewählt.

**Hannover.** (Hannoverscher Maschinenfabrikverein.) In der Versammlung am 28. März, welche Kollege Pöhlold leitete, wurden zuerst mehrere Kartengrüße unserer eingezogenen Mitglieder gelesen. Eingegangen waren ferner die Jahresberichte der Vereine Ostpreußen, Karlsruhe, Rheinland-Westfalen, Nordwest, Dresden und Schlesien. Der Punkt „Technisches“ nahm diesmal einen

breiten Raum ein, und mehrere Fälle wurden eingehend besprochen. Bei Besprechung der „augenblicklichen Lage“ stellte sich die Verlammlung auf den Standpunkt, daß gegen das Einlernen von Handsehern absolut nichts einzuwenden sei. Es würden sich wohl auch stets genügend Kräfte dazu bereitfinden, jedoch sei diese Maßnahme nicht geeignet, einem Mangel an Maschinensehern nun sofort abzuwehren, denn bekanntlich sei ein perfekter Maschinen-seher nicht in sechs Wochen herangebildet. Auch müsse man an die nach dem Kriege zurückkehrenden Kollegen denken. Die Wiederunterbringung der vom Beruf abgegangenen Kollegen aller Kategorien könne auch auf ausgleichend wirken.

**Hehe.** (Bierjahresbericht.) Die Januar- wie auch die Märzversammlung (die Februarversammlung fiel aus) waren den Verhältnissen entsprechend auf besuch. In der Januarversammlung erstattete der bisherige Vorsitzende einen Überblick über die seit der geleisteten Kriegshilfe für die Frauen und Kinder der zum Militär einberufenen Kollegen, und es wurde beschlossen, die Kriegshilfe in bisheriger Weise weiter zu führen. — In der Märzversammlung erstattete der Kassierer den Kassenbericht; dafür wurde ihm Entlastung erteilt. An die Familien der zur Fahne einberufenen Kollegen wurden bis 1. April ausbezahlt: an Gauunterstützung 355 Mk., aus der Urkasselle 592 Mk., für Kriegsversicherung und Liebesgaben 57,50 Mk. Der Ertragsbeitrag wird in bisheriger Höhe, 25 bzw. 20 Pf. weiter erhoben. Zum Militär eingezogen sind 22 Kollegen, fast die Hälfte untr. früheren Mitgliederbestandes. Die Zahl der Mitglieder beträgt 35.

**Leipzig.** (Schriftsetzer.) Die am 24. März abgehaltene Generalversammlung war nur mäßig besucht. Zu dem gedruckt vorliegenden Jahres- und Kassenbericht äußerte sich der Vorsitzende nochmals und ging auf die wichtigsten Vorkommnisse besonders ein. Leider läßt sich nur wenig Gutes über dieses ereignisvolle Jahr berichten. Schon vor dem Kriegsausbruch lag unser Beruf schwer darnieder, so daß eine starke Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war, die in den beiden letzten Monaten vor dem Beginne des Krieges bis 25 Proz. betrug. Geradezu frohlos lag es jedoch nach den ersten beiden Kriegswochen in den heiligen Giebereien aus. Einige Firmen schlossen ganz und in den andern wurde eine verschwindend kleine Anzahl Kollegen zu halben Tagen beschäftigt. Bis zur Gegenwart hat sich in unserm Berufe noch nichts geändert, entgegen einigen andern Berufen, z. B. der Stereotypen, bei welchen durch die vielen Einberufungen zum Militär ein Mangel an Arbeitskräften eingetreten ist. Mit den letzten Instanzen wurde ein Abereinkommen erzielt, wonach die freistehenden Stellen in diesem Berufswerte durch arbeitslose Schriftsetzer besetzt werden sollen, um unserer großen Arbeitslosigkeit zu steuern und gleichzeitig zu verhindern, daß in den Stereotypen ungenutzte Arbeitskräfte eingestell werden. „Nur ein Gesicht untr. Beretes an die heiligen Buchdruckersprüche“ um „Abereinstimmung“ der „Lehrmittel der heiligen Fachschule zwecks Abhaltung eines Kurses für Schriftsetzer als Stereotypenre antworteten diese in dankenswerter Weise in zukünftigem Sinne. Der Kursus findet unter Leitung des Fachlehrers statt und zeitigt hoffentlich einen guten Erfolg. Einen sehr unglücklichen Einfluß auf die Lage im Schriftsetzberufe übte auch noch die Beschlagnahme der Metalle durch die Behörden aus. Jedenfalls hat unser Beruf auch nach Beendigung des Krieges auf längere Zeit schwer zu leiden. Eine Anzahl Kollegen fand in andern Betrieben Beschäftigung, meistens in solchen für Seereslieferungen, bei der Post usw. Unser Vereinsvermögen sank auf ein Drittel des Bestandes herab, trotzdem ist begründete Aussicht vorhanden, den Anforderungen auch in Zukunft zu genügen. Untr. Vorarbeiten zum Kollegenfeste waren abgeschlossen, und nur einige Tage noch trennten uns vom Empfang der auswärtigen Kollegen. Der untr. Krieg ließ jedoch die mit Freude und Fleiß vorbereitete Zusammenkunft der deutschen Schriftsetzer in der „Burg“ zu Wasser werden. Von einer Neuwahl der Vereinsleitung wurde auf Grund der eigenartigen Verhältnisse abgesehen und die jetzt übriggebliebenen amtierenden Kollegen weiter mit der Führung der Vereinsgeschäfte betraut. Mit der Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten fand die Verlammlung ihren Abschluß.

## ○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

**Von Buchdruckern im Kriege.** Für vorbildliche Pflichterfüllung im Kriegsdienst erhielten von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation das Eisener Kreuz: R. Matsche (Hannover), Edmund Weber (Opladen), Oskar Segewald (Ochtersleben (Borchheim)) und Heinrich Schmidt (Wittenberg). Damit haben bis jetzt 516 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erworben. Dieser Tag ging uns auch aus dem Großen Hauptquartier von Kollegen der dortigen Buchdruckerei die erfreuliche Mitteilung zu, daß sich die Kollegen Buzigeroff, Mücke und Utzgenant (Berlin) sowie Flügge und Ditteneber (München) zu einem Krieger-Maschinenfabrikverein zusammengeschlossen haben. Sie arbeiten seit einiger Zeit an der Herstellung der vom Großen Hauptquartier der deutschen Armee herausgegebenen „Gazettes des Ardennes“, die den Zweck verfolgt, in wahrheitsgetreuen Berichten die Bevölkerung des von den deutschen Heeren besetzten Gebietes in Frankreich über den tatsächlichen Stand der Dinge aufzuklären. Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich in einer Auflage von je 150.000. Außer den schon genannten deutschen Maschinenfabrikern arbeiten noch einige französische Buchdrucker (zwei Rotationsmaschinen-

meister und mehrere Handsetzer) mit. Die Zeitung selbst erscheint in Großmedianformat und lehnt sich in Satz wie Druck sehr stark an die bekannte französische Zeitungsqualität an; es wird also damit äußerlich hauptsächlich französischem Geschmack Rechnung getragen. Der Text ist ebenfalls durchweg französisch und der Inhalt ist bis auf jede Einzelheit darauf abgestimmt, der von ihrer Regierung verratenen französischen Bevölkerung die Augen zu öffnen. In diesem Sinne haben unsere Kollegen in der Druckerei des Großen Hauptquartiers Gelegenheit, an wahrer Kulturarbeit mitzuwirken, und daß sie es unter mühseligster Hochhaltung absehbarer deutscher Buchdruckerkollektivist tun, gibt diesem Werke noch eine höhere Weisheit. Wir wünschen auch ihnen baldigen und vollen Erfolg in jeder Beziehung.

**Druckereibesetzungen durch den Krieg.** In Mühlheim i. B. wurde die Druckerei des „Oberheinischen Anzeigers“ durch die Bombe eines französischen Fliegers am 21. März leicht beschädigt. Personen wurden, da der Tag ein Sonntag war, nicht verletzt. Viel schlimmer ist der Schaden, der von den Russen in mehreren ostpreussischen Druckereien angerichtet wurde. In Stallupönen wurde die Druckerei von Klutke vollständig niedergebrannt. In Marggrabowa wurden in der Druckerei von Czogan die Schriften auf den Boden gestürzt, die Schnellpressen abmontiert und von den Russen mitgenommen, die Setzmaschinen wurden in kleine Stücke geschlagen. In Endlichuhnen wurden die Buchdruckereien von Gredford und Becker zerstört. In Pillkallen wurde in der Morgenrothischen Buchdruckerei die Sechsmaschine ebenfalls zerstört, aus allen Schriftkästen das Material gestohlen. In Uch wurde bekanntlich schon im Oktober v. J. die ganze Buchdruckerei der „Uchener Zeitung“ vollständig vernichtet.

**Mangelhafte Feldpostabreden.** Die Zahl der mangelhaft adressierten und der unzulänglich verpackten Feldpostbriefe ist trotz aller Bemühungen der Postverwaltung, das Publikum von der Wichtigkeit einer richtigen Adressierung und sachgemäßen Verpackung der Feldpostsendungen zu überzeugen, noch immer sehr groß. Bei den heimischen Postsammlerstellen gehen täglich über 150.000 mangelhaft adressierte sowie 9000 ungenügend verpackte Feldpostbriefe und Päckchen ein. Die schlecht verpackten Sendungen werden ausnahmslos an die Absender zurückgeschickt, weil der Verpackungssstoff, auch wenn man ihn in der Feldpostsammlerstelle sichtet, während der Beförderung ins Feld doch wieder entzweielt und der Inhalt dann beschädigt wird oder herausfällt. Bei den mangelhaft adressierten Feldpostbriefen sind die Postsammlerstellen zwar nach Möglichkeit bemüht, die Fehler zu ermitteln und auszumergen. Gleichwohl bleiben täglich bei den Postsammlerstellen gegen 30.000 Sendungen übrig, bei denen alle aufgewendete Zeit und Mühe umsonst ist und die dann an den Absender zurückgeschickt werden müssen. Das Publikum wird deshalb erneut und dringend eruchtet, der Adressierung und Verpackung der Feldpostbriefe die größte Sorgfalt zuzuwenden. Auch ist es unbedingt erforderlich, daß auf den Feldpostbriefen der Absender angegeben wird. Tausende von Feldpostsendungen kommen täglich auf, bei denen auch dieser Forderung nicht genügt ist.

**Die angeblichen Verluste des Genfer Roten Kreuzes.** Wie wir in einer der letzten Nummern berichtet haben, veröffentlichte die unter deutscher militärischer Leitung herausgegebene „Aller Kriegszeitung“ in ihrer Nr. 34 eine tabellarische Übersicht der Verluste aller kriegführenden Mächte. Die Angaben wurden als Resultate einer besonderen Aufstellung vom Genfer Roten Kreuz der Öffentlichkeit übergeben. Wie nun maßgebende deutsche politische Tagesblätter berichten, hat das Genfer Rote Kreuz mit dieser statistischen Zusammenstellung nichts zu tun; es veröffentlicht keine Listen. Die Redaktion der „Aller Kriegszeitung“ scheint demnach einem widerrechtlichen Gebrauche des Namens vom Internationalen Roten Kreuz in Genf zum Opfer gefallen zu sein. Sie wird jedenfalls den Sachverhalt noch klarstellen.

**Gefährdung der industriellen Interessen durch hohe Lebensmittelpreise.** Die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ fordert eine Herabsetzung der jetzigen Lebensmittelpreise, und zwar im Interesse der Industrie. Diese Forderung wird von dem Blatte folgendermaßen begründet: „Unverkennbar liegt die jetzige Preisgestaltung der Nahrungsmittel weder im Interesse der Industrie noch der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft hat davon nur mäßigen Vorteil gezogen, und die Industrie hat durch Zahlung höherer Löhne schwer an den Kosten zu tragen. Beweis haben zu dem jetzigen hohen Stande der Löhne auch noch andere Umstände, vor allem die Anknappung an Arbeitern und die Dringlichkeit der Aufträge, beigetragen, aber die Höhe der Lebensmittelpreise bildet doch immerhin die breitesten und gewissermaßen widerstandsfähigste Grundlage. Das Streben muß deshalb dahin gehen, die ungewöhnliche Preisbildung der Lebensmittel allmählich zu senken. Eine Herabsetzung der jetzigen Lebensmittelpreise erscheint durchaus möglich. Sie sind nicht aus innerem Zwange heraus entstanden, denn ganz offenbar hat der ideale Zug, welcher kurze Zeit nach Kriegsausbruch sogar in Kreisen des Handels anzutreffen war, schon seit langem wieder realeren Empfindungen Platz gemacht. Industrie und Landwirtschaft aber haben alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß die Preisentwicklung in ruhiger Bahnen gelenkt wird.“

**Arbeitslosigkeit der Angestellten und Angehörigen der Reichsversicherungsanstalt für Angehörige der Kruppen mit Wollacken, für die Verdwendensfürsorge usw. verurteilt; sie hat es aber abgelehnt, wie die Sozialversicherung, etwas für ihre arbeitslosen Ver-**

sicherten zu tun. Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt beruft sich zur Rechtfertigung seiner Haltung auf den § 36 des Versicherungsgegesetzes für Angestellte, durch den ihm das Recht gegeben ist, Maßnahmen zu treffen, die später notwendig werden können vorbeugend zu sein. Von den Angestellten ist darauf hingewiesen worden, daß das Direktorium dann aber auch in demselben Paragraphen eine Handhabe besitzt, etwas für die Arbeitslosen zu tun. Durch die Folgen der Arbeitslosigkeit werden viele Angestellte in ihrer Gesundheit dermaßen geschwächt, daß sie die Angestelltenversicherung werden vorzeitig in Anspruch nehmen müssen. Auch dieser drohenden Befragung der Angestelltenversicherung müsse entgegengetreten werden. Kürzlich hat sich nun auch der Reichstagsabgeordnete Koch, der der Reichstagskommission angehört, die das Versicherungsgegesetz für Angestellte beraten hat, in der „Handlungsgehilfenzeitung“ zu der Haltung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte geäußert. Er wies an der Entstehungsgeschichte des § 36 des Versicherungsgegesetzes für Angestellte nach, daß ihm die gleiche Bedeutung wie den Paragraphen 1269 und 1274 der Reichsversicherungsordnung zukomme, auf Grund deren die Invalidenversicherung größere Summen für die Arbeitslosen ausgeworfen hat. Koch schloß dann seine Ausführungen mit folgenden Sätzen: „Ich komme daher zu dem Schlusse, daß die Reichsversicherungsanstalt sich nach § 36 des Versicherungsgegesetzes für Angestellte in der Tat für berechtigt zu jenen Ausgaben halten kann. Unbegreiflich ist es mir dagegen, wie die Reichsversicherungsanstalt erklären kann, daß das Versicherungsgegesetz für Angestellte keine Handhabe zur Bewährung von Stellenlosenunterstützung bietet. Eine so große Stellenlosigkeit, wie sie infolge des Krieges eingetreten und namentlich auch für die Zeit unmittelbar nach dem Kriege, wenn die Militärleistungen wegfallen, zu erwarten ist, muß sehr nachteilig auf die Gesundheit der Angestellten einwirken und ist eine große Gefahr dafür, daß viele Versicherer vor der Zeit arbeitsunfähig werden. Verwendung der Reichsversicherungsanstalt einen Teil ihrer Gelder dazu, daß stellungslose Versicherte unterstützt werden, so beugt sie damit fraglos etwaigen später notwendig werdenden Selbstverfahren vor — um die Worte der Reichsversicherungsanstalt selbst zu wiederholen. Bedauerlich ist es, daß die Vertreter der Versicherten in dem Direktorium der Reichsversicherungsanstalt nicht ihre Pflichten von dem überzeugt haben, daß die Unterstützung der stellungslosen Versicherten ebenso zulässig und notwendig ist wie die Beschaffung vollener Decken für die zum Kriegsdienst einberufenen Versicherten.“

**Vermögenszuwachssteuer und Kriegswucher.** In sehr eindringlicher Weise mehren sich in letzter Zeit die Stimmen in der Öffentlichkeit, die eine schärfere Bekämpfung der wucherischen Erbschaften, die der Kapitalismus während des Krieges allenthalben angenommen hat, fordern. In besonders deutlicher Weise widmet sich der frühere fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Heinz Posthoff dieser Frage in der Zeitschrift „Die Tat“. In einem sehr lehrreichen Aufsatz schreibt er darüber u. a.:

„Wie war das deutsche Geschäftsleben so unförmlich wie jetzt! ... Ohne Ausnahme finden auf allen Gebieten Preissteigerungen statt, auch wo von einer Erhöhung der Herstellungskosten gar keine Rede ist. Jeder nimmt, was er kriegen kann. Der Wucher ist zur allgemeinen Verkehrsstille geworden. Und was das schlimmste ist, er wird schließlich als Sitte anerkannt. Während alle andere Moral fälschlich geworden, ist die Geschäftsmoral im Kriege laager als sonst.“ Als Mittel dagegen empfiehlt Dr. Posthoff Selbsthilfe der Konumenten durch Organisation der Hausfrauen, Anwendung des § 302e des R.-Str.-B. (Wucherparagraph), nachträgliche Rückforderung bezahlter Überprofite bei Seereslieferungen und Ausbau der Vermögenszuwachssteuer, die er in ihrer heutigen Gestalt mit Recht als eine ungemein bescheidene Abgabe charakterisiert. Und wörtlich schreibt er dazu: „Soll sich das Reich mit diesem winzigen Anteil auf begünstigen gegenüber solchen Gewinnen, die im Krieg und am Kriege gemacht worden sind? Das wäre gerade ein Hohm auf die vielen, die sich mühsam über Wasser halten; auf die vielen, die Beruf und Erwerb verlieren, weil sie dem Vaterlande dienen; auf die vielen, die für den Reichtum der andern bluten und sterben. Wenn wir eine soziale Geschäftsmoral hätten, wenn das wachsende soziale Verständnis der Gegenwart nicht gerade am Geschäfte fast spurlos vorübergegangen wäre, so wäre es selbstverständlich, daß niemand im Kriege sein Vermögen wachsen ließe; daß jeder sich scheute, größere Gewinne als sonst zu machen; daß jeder den Überschub, zum mindesten doch den Überschub seiner Einnahmen über über seine üblichen Ausgaben, also seinen Vermögenszuwachs, der Allgemeinheit, dem Liebesdienste, dem kämpfenden Heere, den Verwundeten, den Sinterbliebenen zur Verfügung stellte; reiflich! Da unsre Wirtschaftsmoral leider das Gegenteil befragt, da sie den Wucher zum allgemeinen Brauche macht und viele Vermögen wachsen läßt, muß das Reich mit Steuerzwang sich einen Anteil sichern. Aber nicht ein Hundertstel des Gewinnes oder noch weniger, wie das Besitztumsgegesetz heute vorschreibt, sondern mindestens ein Zehntel, möglichst ein Viertel oder noch lieber die Hälfte. Mit anderen Worten: vor dem Ende des Jahres 1916 muß eine gesetzliche Bestimmung in Kraft sein, wonach in den Jahren 1917, 1918, 1919 die Zuwachssteuer im fünfzigfachen oder im dreißigfachen, allermindestens aber im zehnfachen Betrag erhoben wird.“

**Kindersterblichkeit und wirtschaftliche Not.** Jüngst ist die amtliche preussische Sterblichkeitsstatistik über die Kindersterblichkeit bekanntgegeben worden, die uns zeigt, daß die Sterblichkeit an Tuberkulose nur im mittleren und höheren Alter abgenommen hat. So ist sie zwar im Lebensalter von 30 bis 60 Jahren zurückgegangen von 46 Sterbefällen unter 10000 Einwohnern im Jahre 1876 auf 19 im Jahre 1912, dagegen erfolgte für das Alter 0—1 Jahr nur ein Rückgang von 21 Sterbefällen auf 18, und für das Alter von 5 bis 10 Jahren gar eine Zunahme der Sterblichkeit von 4,17 auf 4,32. Da anderseits die Tuberkulose erfahrungsgemäß eine Alterskrankheit ist, so ergibt sich, daß es vor allem die Kinder sind,

die unter der wirtschaftlichen Not zu leiden haben. Das sollte ganz besonders jetzt beachtet werden und zur Richtschnur für alle beruflichen Anstalten werden, da von einem gefundenen Wucher der Volkskraft nicht nur eine baldige Überwindung der schweren Kriegsverluste an Menschenleben, sondern auch eine Erhaltung des Errungenen und des Friedens nach dem Krieg in erster Linie abhängt. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft arbeitet von jeher diesem Ziel entgegen und wird auch in Zukunft in gleicher Richtung alle Kräfte aufbieten.

### Briefkasten.

**S. C. in St. Gallen:** Wird nachgeholt. **Grub!** — **M. C. in N.:** Es verdient Anerkennung, daß Sie den 102ern den „Korr.“ immer prompt weiter vermitteln. Ihre diesmalige Karte erhält durch die Unterzeichnung der sechs belagerten Kollegen besonderes Interesse. **Frd. Grub!** — **M. M. in Neustadt:** 3,05 Mk. — **M. S. in Kassel:** 2,75 Mk. — **C. K. in Straburg:** 3,05 Mk. — **S. L. in Samburg:** 3,35 Mk.

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □  
Verbandsbüro: Berlin SW 29, Chamissoplatz 511.  
Fernsprecher: Altm Kurfürst, Nr. 1191.

**Freiburg i. Br.** Der Maschinenseher (Typograph) Emil Mkhoni, welcher Anfang März hier selbst konditionierte, wird erlucht, umgehend seine Adresse an den Gehilfenvereinigenden des Schiedsgerichts für Freiburg i. Br. und Oberbaden, A. Müller, Zalfusstraße 101 III, gelangen zu lassen. Die Herren Funktionäre und Verbandsleute wollen M. hiervon in Kenntnis setzen.

### Adressenveränderungen.

**Sonneberg (S.-M.).** Vorsitzender und Kassierer: Hugo Seb, Kirchstraße 28.

### Arbeitslosenunterstützung.

**Hauptverwaltung.** Die verehrlichen Funktionäre werden gebeten, das Quittungsbuch des dänischen Kollegen Lars Svettel, der sich laut Post im Buch in Kolding am 30. März 1915 nach Deutschland abgemeldet hat, zwecks Prüfung einfinden zu lassen. Es darf dem Kollegen weder eine Bescheinigung über die Abnahme des Buchs noch eine Reiseinformation ausgestellt werden, da erst festgestellt werden muß, ob S., der seit zwei Jahren keine Beiträge entrichtet hat, noch weiter als Mitglied in Deutschland anerkannt werden kann.

### Veranstaltungskalender.

**Düsseldorf.** Versammlung Sonnabend, den 17. April.

## Lithopeseher

eventuell Anfänger, per bald oder später gesucht. Angebote mit Referenzen an den „Begniger Anzeiger“, Begnig.

## Lithopeseher

für Tagesblätter zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote an Ernst Marks, Mülheim-Ruhr.

## Stempelseher

der eventuell vulkanisieren kann, zum möglichst baldigen Eintritt gesucht. Mag Reich, Stempelfabrik, Bressau I, Ring 55.

## Maschinenmeister

auch Offern Ausgelernter, der an sauberes Arbeiten gewöhnt ist, zuverlässig im Werkdruck, wird sofort eingestellt. Demselben ist reiche Gelegenheit zur Weiterbildung geboten, namentlich im Bilderdruk. Großsch (Weg, Leipzig).

## Maschinenmeister

vertraut mit König- & Bauerscher Schnellpresse mit Selbstanleger, Hoch- und Doppelzahnmaschine sowie mit Hochdruckrotzylinder (Gas und elektrische Antriebe) gesucht. Korn & Salmow, Grewesmühlen (Medab.).

## Maschinenmeister

und flichtige

## Schreibeher

für Werkstat sofort gesucht. C. Brügel & Sohn, Ansbach (Bayern).

## Inseratenseher Schweizerdegen

finden angenehme selbe Kondition. Joh. Samel, Marburg (Lahn).

## Leipziger Korrektorenverein

Montag, den 12. April, abends 7½ Uhr, im Restaurant „Goldene Säge“, Dresdener Straße

## Verammlung

Vortrag des Kollegen Karl Helmholz: „Der Krieg als Helfer und Genußerer“; Vereinsmitteilungen; Sillensbuch für Seher und Korrektoren; Verschiedenes. Der Vorstand.

## Maschinensehervereinigung im Gau Dresden

Sonntag, 18. April, vormittags 10½ Uhr: **Verammlung** Vortrag des Kollegen S. Richter: „Streikläge durch den neuen Wucher“.

## Krieger-Renten

Am 26. Februar erlitt im Alter von 26 Jahren in einem Jagarett in Russland an den Folgen einer schweren Verwundung unser lieber Kollege

## Zufuss Köster

Erfahrerseher im 10. Landw.-Inf.-Reg. den Heidenod für das geliebte Vaterland. Auf dem Militärfriedhof zu Mloch schlief er den letzten Schlaf. Wir werden mit Trauen nicht vergessen.

Die Kollegen der Firma Pflanz & Augustin, Kassel.

## Gustav Kojberg

anlässlich seiner 25-jährigen Verbandsmitgliedschaft die herzlichsten Glückwünsche. Leipzig, den 13. April 1915.

## Paul Hornburg

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Mitglieder „Gutenbergs“ von 1877 Hamburg-Altona.

## Kaspar Scho

Den Heidenod für das Vaterland erlitt am 19. März durch einen Granatpflaster unser lieber Kollege, der Seher

## Willi Sädiche

Den Heidenod für das Vaterland erlitt am 19. März durch einen Granatpflaster unser lieber Kollege, der Seher

## Ernst Roach

Das Willkerringen hat wieder zwei Opfer von unserm Drückerer gefordert. Auf dem Schlachtfeld in Russland fiel durch Kopfschuß am 25. Februar der Kollege

## Willi Sädiche

Erfahrerseher im Inf.-Reg. Nr. 231 aus Halle a. S., im 22. Lebensjahre.

Am 22. März verstarb an seinen in Frankreich erhaltenen Wunden der Kollege

## Frei Hanpach

Erfahrerseher im 5. bayer. Graf.-Reg. aus Tredonow, im Alter von 29 Jahren. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

## Johann Baffian

Wir beklagen als Opfer des Weltkriegs den Tod der Kollegen

## Karl Hofmann

Erfahrerseher im 5. bayer. Graf.-Reg. aus Tredonow, im Alter von 29 Jahren. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

## Ernst Welich

Wir beklagen als Opfer des Weltkriegs den Tod der Kollegen

## Willi Sädiche

Das Willkerringen hat wieder zwei Opfer von unserm Drückerer gefordert. Auf dem Schlachtfeld in Russland fiel durch Kopfschuß am 25. Februar der Kollege

## Willi Sädiche

Erfahrerseher im Inf.-Reg. Nr. 231 aus Halle a. S., im 22. Lebensjahre.

Am 22. März verstarb an seinen in Frankreich erhaltenen Wunden der Kollege